

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

14.6.1928 (No. 137)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Knecht, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Deutscher Reichstag

W.B. Berlin, 14. Juni. Saal und Tribünen sind dicht besetzt, als der Alterspräsident, Abg. Wolf-Gottha (Soz.), die Sitzung eröffnet.

Alterspräsident Vock gedenkt zunächst, während sich die Abgeordneten von den Sitzen erheben, der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe bei Siegelshausen und spricht den Hinterbliebenen der Opfer das herzlichste Beileid des Reichstages aus.

Der Reichstag, so führt der Alterspräsident in einer kurzen Ansprache aus, steht vor großen Aufgaben. Millionen erwarten von ihm die Vinderung ihrer Not, die Witwen und Waisen, die Kriegsinvaliden, die Sozialrentner und Kleinrentner.

Der Reichstag kann diese Not lindern, wenn er will. (Rufe bei den Nationalsozialisten und Kommunisten: „Er will aber nicht! Vast alle Hoffnung fahren!“)

Die Gefahren, die dem Volke aus einer übermächtigen Konzernherrschaft drohen, gilt es zu bannen. Möge das dem Reichstag gelingen.

Schriftführer Abg. Dr. Philipp (Dntl.) nimmt darauf den Namensaufruf vor.

Beim Aufruf des Abg. Dr. v. Keudell (Dntl.) kommen von den Kommunisten, bei dem Namen Koch-Besler (Dem.) von den Nationalsozialisten höhnische Zurufe.

Abg. Künzler (Soz.) rufen die Kommunisten: „Der Einseitler!“ Auf den kommunistischen Abg. P. wird von den Sozialdemokraten mit lauten Zurufen hingewiesen, weil er in der Uniform des Rotfrontbundes mit roter Armbinde erschienen ist.

Abg. Dr. Marx (Rtr.) wird von links mit dem Ruf: „Reichsbannerkamerad a. D.“ begrüßt.

Am Schlusse des Namensaufrufes stellt Alterspräsident Vock fest, daß 462 Abgeordnete anwesend sind, das Haus also beschlußfähig ist.

Der Schriftführer verliest dann die handschriftlich eingegangenen kommunistischen Anträge. Ein Antrag verlangt die Haftentlassung des kommunistischen Abg. Rippenberger, ein anderer fordert die Amnestierung der politischen Gefangenen mit Ausnahme der Fememörder.

Ein weiterer verlesener Zentrumsantrag fordert schleunige Hilfsmassnahmen für das besetzte Gebiet. Ein deutschnationaler Antrag verlangt allgemeine Amnestie für politische Verbrechen mit Ausnahme des Landesverrats und des Verrats militärischer Geheimnisse.

Der Antrag erstreckt sich auch auf Disziplinarverfahren gegen Beamte.

Alterspräsident Vock schlägt vor, sämtliche verlesenen Anträge auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung nach der Wahl des Präsidiums zu legen.

Abg. Frik (Soz.) verlangt unter mißbilligenden Zurufen anderer Abgeordneten das Wort zur Geschäftsordnung und überreicht einen Antrag.

Alterspräsident Vock erklärt unter Zustimmungsaussagen der Mehrheit, er erteile jetzt nicht das Wort zur Geschäftsordnung, werde aber den eingereichten Antrag auf die Tagesordnung legen.

Um 16 Uhr stellt der Alterspräsident das Einverständnis des Hauses damit fest, daß die nächste Sitzung am Donnerstag, 14. Juni, stattfindet und auf die Tagesordnung die Wahl des Büros und die heute verlesenen Anträge gesetzt werden.

Die Wahl des Reichstagspräsidiums Die volksparteiliche Fraktion hat beschloffen, die kommunistische Kandidatur für den dritten Vizepräsidenten nicht anzuerkennen, da die Kommunisten sich jederzeit bewußt außerhalb der parlamentarischen Geschäftsordnung gestellt haben; sie hat den anderen Fraktionen mitgeteilt, daß sie eine eigene Kandidatur für den dritten Vizepräsidenten in der Person des Abg. von Kardorff aufstellt.

Die kommunistische Reichstagsfraktion beschloß, Anspruch auf den Posten des dritten Vizepräsidenten des Reichstages zu erheben, und dafür den Abg. Gesecke vorzuschlagen.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat dem neuen Reichstag bereits eine Reihe von Anträgen vorgelegt. In einem dieser Anträge wird die Reichsregierung ersucht, auf die größtmögliche Beschleunigung der Ausführung des Kriegsschadenshilfsgesetzes hinzuwirken.

Ein anderer Antrag ersucht die Reichsregierung, ein neues Wahlgesetz vorzulegen, in dem ein engeres Verhältnis zwischen der Wählerzahl und den Abgeordneten hergestellt wird. Ferner hat die Fraktion einen Gesetzentwurf über die Abschaffung der Todesstrafe eingebracht.

Ein Flugzeugunglück bei Frankfurt a. M. W.B. Frankfurt a. M., 14. Juni. (Tel.) Heute vormittag 10 Uhr wurde ein Verkehrsflugzeug Junkers F 13 der Schweizerischen Luftverkehrs-Gesellschaft in der Nähe des Frankfurter Vorortes Niederrad durch einen Wirbelsturm zu einer Notlandung gezwungen. Die drei Passagiere wurden ziemlich schwer verletzt. Es handelt sich um ein Ehepaar Dr. Raabe aus Goslar und einen Musikdirektor Richter aus Hagen i. W. Der Pilot Chadron erlitt einen Beinbruch. Beim Niedergehen auf einer Wiese wurden drei spielende Kinder von dem Flugzeug verletzt. Ein Gärtnerbursche erlitt eine Gehirnerschütterung.

Frau Emmeline Pankhurst † W.B. London, 14. Juni. (Tel.) Frau Emmeline Pankhurst, die berühmte Suffragette und Mutter der bekannten Kämpferinnen für Frauenrechte, Miß Christobel und Estelle Pankhurst, ist heute früh in London verstorben.

Letzte Nachrichten

Die Besprechungen über die Regierungsbildung

W.B. Berlin, 14. Juni. (Tel.) Die heutige interfraktionelle Besprechung über die Neubildung der Reichsregierung bei dem Abg. Müller-Franken zog sich stundenlang hin. Vorher hatte Müller-Franken den preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun zu einer Rücksprache beauftragt über die Forderung der Deutschen Volkspartei, auch die Preußenregierung umzubilden.

An der interfraktionellen Besprechung im Reichstag nahmen, wie das Nachrichtenbüro des W.B. hört, außer den Sozialdemokraten die Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten teil.

Aus den Kreisen der Demokratischen Partei hört das Nachrichtenbüro des W.B., daß die Partei nicht daran denkt, der Regierungsbildung irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten und deshalb auch nicht besondere sachliche Forderungen aufstellen will. Unter der Voraussetzung, daß sich auch andere Parteien derselben Zurückhaltung befleißigen. Wenn dagegen andere Parteien mit bestimmten Forderungen für die Aufstellung eines Regierungsprogramms auftreten, so wird die Demokratische Partei auch ihrerseits Forderungen in bezug auf den Einheitsstaat und auf eine Währungsreform anmelden.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei fahle, wie wir erfahren, einen Beschluß, der besagt, daß die Wirtschaftspartei sich keineswegs der verantwortlichen Beteiligung an einer Koalitionsregierung entziehen wolle, wenn die Voraussetzungen erfüllt werden, die die Partei im Interesse des deutschen Volkes und des Mittelstandes fordern müsse.

Von volksparteilicher Seite wird betont, daß die Verbreiterung der preußischen Regierungsbasis eine conditio sine qua non sei, und daß diese Forderung auch nach der Besprechung mit den sozialdemokratischen Unterhändlern weiterbestehen werde. Weiter wurden in den Besprechungen mit Hermann Müller von volksparteilicher Seite auch die übrigen Punkte behandelt, auf die die Deutsche Volkspartei Wert legt. Dazu gehören Fragen der Arbeitszeit in Kleinbetrieben, die Notlage der Landwirtschaft und steuerliche Milderung für den Mittelstand.

Die Splitterparteien des Reichstages W.B. Berlin, 14. Juni. Die Verhandlungen der Splitterparteien über die Bildung einer gemeinsamen Fraktion im Reichstage, führten noch zu keinem Ergebnis. Schwierigkeiten sind insbesondere dadurch entstanden, daß verschiedene Abgeordnete der christlich-nationalen Bauernpartei den Nationalsozialisten durch Vergabe ihrer Unterschriften die Einbringung von Anträgen ermöglicht hätten, ein Vergehen, das den Angehörigen der Deutschen Bauernpartei ein gemeinsames Arbeiten mit der christlich-nationalen Bauernpartei erschwert. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt.

Die Einwanderung nach Amerika W.B. Washington, 14. Juni. (Tel.) Wie im Staatsdepartement mitgeteilt wird, sind die Einwandererzählungen für den 30. Juni, dem Schlußtag des Fiskaljahres, nahezu erschöpft. Nur 3107 Personen dürfen noch einwandern, darunter 82 Deutsche.

Deutsche Auszeichnung für den Vorsitzenden des New Yorker Empfangskomitees W.B. New York, 14. Juni. (Tel.) Der deutsche Generalkonsul v. Udenius gab gestern abend im Deutschen Verein ein Essen zu Ehren Grover Whalens, des Vorsitzenden des ständigen Empfangskomitees der Stadt New York. Im Verlauf der Festlichkeit überreichte der Generalkonsul Grover Whalens als Anerkennung für seine Bemühungen beim Empfang der „Bremen“-Flieger das Ehrenzeichen des deutschen Roten Kreuzes.

Die neue Lage in China W.B. London, 14. Juni. (Tel.) Im „Daily Telegraph“ wird hervorgehoben, daß nach den letzten Meldungen nicht nur Peking, sondern auch Tientsin von den Truppen des Militärgouverneurs von Schansi, General Fenshichan, besetzt worden ist, während allgemein erwartet worden war, daß Fenshichan trachte, Tientsin in seine Gewalt zu bekommen, um damit die Zufuhrlinie nach Peking zu beherrschen.

Wie aus Washington gemeldet wird, wird die Entwicklung der Vorgänge in China, wie im Staatsdepartement erklärt wurde, aufmerksam verfolgt. Man begrüßt den bisher ruhigen Verlauf der Besetzung Peking und Tientsins, und ist befriedigt über die offenbar einseitige Haltung der Südruppen gegenüber den fremden Kolonien. Die Frage der Anerkennung der Kuomintangregierung sei dagegen noch nicht akut, da die Südmaree bisher immerhin nur das Gebiet südlich der Großen Mauer kontrollieren und ganz allgemein eine gewisse Konsolidierung des umfangreichen chinesischen Reiches abgewartet werden müsse, ehe Verhandlungen über die Anerkennung und Änderung der Verträge begonnen werden könnten. Man nimmt an, daß diese Konsolidierung bald erfolgen werde und wird foborn den berechtigten Wünschen Chinas betr. eine Neuregelung der offiziellen Beziehungen beider Länder gern und weitmöglichst entgegenkommen.

Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Ehren doktor der Universität Heidelberg, Professor Dr. Schurman hat dem Deutschen Schiffebund für das Deutsche Schiffeuseum die Handschrift seiner Abergelung von Scheffels Alt-Deidelberg wiedergewidmet.

Die Deutsche Volkspartei und die Regierungsbildung

Im preußischen Landtag hatte bekanntlich Ministerpräsident Dr. Braun im Namen der Gesamtregierung und nach entsprechender Zuhilunahme mit den drei regierenden Parteien die Erklärung abgegeben, daß „zu gegebener Zeit“ eine Erweiterung der Weimarer Koalition zur Großen Koalition erfolgen werde. Am heutigen Donnerstag wird sich der Landtag auf etwa vier Wochen vertagen. Die preußische Koalitionsfrage würde also frühestens in vier Wochen in Angr iff genommen werden können. Dieser kurzen, zeitlichen Hinausschiebung bei prinzipieller Bereitwilligkeit hatte auch das Zentrum vollkommen zugestimmt. Und man konnte annehmen, daß die Deutsche Volkspartei sich gleichfalls mit dem Bescheide begnügen würde.

Die Annahme hat sich nicht als richtig erwiesen: in einer gemeinsamen Sitzung haben gestern abend Reichstagsfraktion und preußische Fraktion der Deutschen Volkspartei gefordert, daß im Reich und in Preußen dieselbe Koalition gebildet werden müsse, und zwar gleichzeitig. Mit diesem Beschluß hat die Deutsche Volkspartei die Arbeiten der Regierungsbildung außerordentlich erschwert. Und man könnte fast zu dem Glauben gelangen, daß die Partei absichtlich die Situation verwirren möchte. Denn ihre Führer wissen doch selbst ganz genau, daß keine Partei und keine Persönlichkeit des Reichstages die preußische Regierung zwingen kann, jetzt schon etwas zu tun, was sie aus wohlwollenden Gründen erst nach einiger Zeit tun will. Und wie sollen jetzt in Preußen Verhandlungen über eine Erweiterung der Koalition geführt werden, wenn heute der Landtag auf mehrere Wochen vertagt wird?

Herr Hermann Müller hat die Unterhändler der Deutschen Volkspartei auf diese Momente aufmerksam gemacht, im übrigen aber zugestimmt, seinerseits den Wunsch der Deutschen Volkspartei mit dem preußischen Ministerpräsidenten besprechen zu wollen. Von volksparteilicher Seite ist dann nochmals versichert worden, daß die Erweiterung der preußischen Regierung für die Partei eine unerlässliche Bedingung sei. Und zwar natürlich die sofortige Erweiterung.

In Zentrumskreisen scheint man über die Haltung der Deutschen Volkspartei recht verärgert zu sein. Auch beim Zentrum befürchtet man, daß die Deutsche Volkspartei planmäßig darauf aus ist, die Regierungsverhandlungen im Reich zu erschweren. Was geschieht, wenn die preußische Regierung bei ihrer Erklärung beharrt und die Koalitionsfrage in Preußen erst „zu gegebener Zeit“, also ein paar Wochen später, erledigt? Wird die Deutsche Volkspartei sich dann weigern, an der Koalitionsbildung im Reich teilzunehmen? Man muß wohl mit dieser Möglichkeit rechnen. Und auch die Zentrumspresse tut das. Bezeichnenderweise aber nicht ohne sehr ernste Warnungen an die Adresse der Deutschen Volkspartei.

Im „Badischen Beobachter“ wird der Deutschen Volkspartei gesagt, daß ihre Teilnahme an der Reichsregierung für den Augenblick nicht unbedingt erforderlich sei. Müller-Franken könne auch versuchen, sich eine Mehrheit auf anderer Grundlage zu schaffen, nämlich so, daß er die Wirtschaftspartei und die Deutsche Bauernpartei zur Teilnahme an der Regierung gewinnt. Ausfichten zu einer solchen Lösung seien vorhanden. Der Deutschen Volkspartei könne es passieren, daß sie sich zwischen zwei Stühlen setzt. Soweit der „Beobachter“.

Schon die Rücksicht auf unsere äußere Politik und auf die Person Stresemanns sollte eigentlich die Deutsche Volkspartei veranlassen, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Daß alle übrigen Parteien, einschließlich der preußischen Regierung, vor dem Nachtgebot der Deutschen Volkspartei nicht etwa gehoramt in die Knie sinken werden, ist wohl ohne weiteres klar. Wenn also die Deutsche Volkspartei unbeherrschbar bleibt, wird eine Regierung auf anderer Grundlage mit einem anderen Außenminister gebildet werden müssen. Ist dies eine Persönlichkeit, die sich in ihrem Amte gut bewährt, und dieselbe Geschicklichkeit an den Tag legt, wie Herr Stresemann selbst, so wird man kaum große Reizung verspüren, diesen Minister über die Klinge springen zu lassen, wenn später die Deutsche Volkspartei aus ihrem Schmolldübel wieder hervortritt und Herrn Stresemann von neuem päntiert. Es ist bedauerlich, daß Herr Strese-

Mit der Beilage: 24. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

mann durch die Folgen seiner schweren Krankheit an einer aktiven Teilnahme an den politischen Verhandlungen behindert ist. Sonst würde er wohl seinen Einfluß in einem mäßigen Sinne geltend gemacht haben.

Wenig erfreulich ist es, daß in einem Augenblick, in welchem bereits die Verhandlungen über das Regierungsprogramm begonnen hatten, die Frage der Regierungsbildung mit einer Forderung belastet wurde, die wohl nicht mehr zu den sachlichen Punkten gehört, sondern in erster Linie dem Bereich parteipolitischer Machtbestrebungen zuzurechnen ist.

Achtstundentag u. Neuordnung der Sozialpolitik

Br. Genf, 14. Juni. Die internationale Arbeitskonferenz beendete die Generaldebatte über den Tätigkeitsbericht des Direktors des Arbeitsamtes. Der bekannte polnische Sozialpolitiker Solal führte aus, daß der Achtstundentag in allen wichtigeren europäischen Industrieländern grundsätzlich eingeführt sei, auch in solchen, die das Washingtoner Abkommen noch nicht ratifiziert hätten. Solal forderte eine Neuorientierung der internationalen Sozialpolitik, um den modernen industriellen Verhältnissen, die durch die Einführung der Rationalisierung der Betriebe und durch die Schaffung großer nationaler und internationaler Industriearbeitsstätten gekennzeichnet sind, Rechnung zu tragen.

Die Untersuchung über das Eisenbahnunglück bei Siegelstorf

Die Eisenbahndirektion Nürnberg veröffentlicht ein Kommando, in welchem gegenüber verschiedenen Mutmaßungen auf Grund zahlreicher Untersuchungen kompetentester Sachverständiger auf dem Gebiete des Oberbau- und Lokomotivwesens festgestellt wird, daß bisher noch immer nicht eine bestimmte Ursache der Entgleisung des D 47 bei Siegelstorf gefunden worden ist. Bis heute, so heißt es in der amtlichen Mitteilung, steht nur fest, daß die führende Achse des Drehgestells der Lokomotive zuerst entgleist ist, und zwar entgegen dem Gesetz der Fliehkraft nach der inneren Seite der Kurve, ferner, daß betriebstechnische Verfehlungen nicht vorlagen und daß ferner von den Sicherungseinrichtungen an der Gleislage oder der Festigkeit des Bahnuntergrundes die Entgleisung nicht verursacht worden sein kann. Die zwischen den beiden Eisenbahnstrahlen wahrgenommenen Sprünge und Risse sind ohne jeden Zweifel nicht als Ursache, sondern als Folge der Entgleisung anzusehen, die hauptsächlich dadurch entstanden sind, daß sich das wuchtige Drehgestell der Lokomotive in das Erdreich einbohrte. Die von mehreren Reisenden nach ihren Mitteilungen an die Presse an dem Tage vor der Entgleisung beobachteten Schwankungen und Stöße vor der Entgleisung wirkten auf die fragliche Stelle beziehen können, wenn sie sich wirklich auf die fragliche Stelle beziehen und nicht örtliche Beobachtungsfehler vorliegen, nicht durch Fehler des Gleises verursacht sein, sondern müssen als Erscheinungen angesehen werden, die beim Durchfahren von Strecken von 500 bis 600 Meter Halbmesser mit 80 bis 90 Kilometer Stunden-Geschwindigkeit häufig auftreten, in keiner Weise betriebsgefährlich sind und in der Regel durch die Verschleißartigkeit in der Abfederung der Wagen und in der Einwirkung des Alters oder der Laufzeit der einzelnen Wagen ihre natürliche Erklärung finden. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Abbé Gaegh über die autonomistische Bewegung

Das „Echo de Paris“ veröffentlicht eine Zuschrift des Abbé Gaegh, in der dieser sich gegen den Vorwurf verwahrt, für die autonomistischen „Umtriebe“ im Elsaß verantwortlich zu sein. Gaegh schreibt u. a.: Wenn er irgendwie für das „berühmte Komplott“, an das übrigens niemand im Elsaß glaube, verantwortlich gewesen wäre, so hätte man ihn sicherlich wie die „vier Verbrecher“ in Colmar verurteilt. Das elsässische Volk hätte dann über seine Verurteilung daselbst einstimmige Urteile gesprochen, das es über den Wahrspruch der Geschworenen vom 24. Mai fällt.

Zur autonomistischen Bewegung schreibt Abbé Gaegh: „Man hat diese Bewegung geschaffen, weil man glaubte, die elsässische Volkspartei sei zu gemäßig, und die Blätter dieser Partei, einschließlich des „Elsässischen Kuriers“, entsprächen nicht den Gefühlen eines großen Teiles der Bevölkerung, die mehr verlangt. Man forderte namentlich die gesetzliche Autonomie für die regionalen Fragen Elsaß-Lothringens im Gegensatz zur Verwaltungsautonomie, auf die die elsässische Volkspartei sich beschränken zu können glaubte. Das einzige Verteidigungsmittel ist in den Augen vieler Elsaßler die gesetzliche Autonomie, die den Elsaßern gestattet, alle ihre regionalen Fragen selbst zu regeln. Man sollte den Mut haben, die Wahrheit zu sagen, daß die Wähler des Elsaß für die autonomistischen Kandidaten ohne die Presse und trotz der Presse gestimmt haben.“

Der Absturz der „Italia“

Nobile hat in einem Funkpruch einen eingehenden Bericht über den Absturz der „Italia“ gegeben. Darin heißt es u. a.: Am 25. Mai, 10.30 Uhr, flog die „Italia“ in einer Höhe von 5000 Meter, als sie plötzlich schwerer wurde und sehr schnell herunterging. Der Absturz auf das Gabelhorn dauerte nur zwei Minuten. Die Kabine und ein Teil des oberen Gefüßes zerbrachen, während das Luftschiff in östlicher Richtung getrieben wurde. Unter den Trümmern fanden sich wie durch ein Wunder alle Insassen der Kabine auf dem Gabelhorn, auch fast alle Gerätschaften waren da. Am Abend des 30. Mai trennten sich 12 Kilometer nordöstlich der Insel Dohn die italienischen Majoro Moriano und Pappi und der schwedische Gelehrte Margrin von ihren Kameraden und schlugen, mit Lebensmitteln versehen, die Richtung zum Nordap ein. Sie gedachten, 10 Kilometer täglich zurückzulegen. Bei Nobile selbst befindet sich der tschechoslowakische Gelehrte Benud, der Leutnant zur See Biglietti, der Ingenieur Troiani, der Techniker Cecioni und der Funker Biagi. Die anderen Mitglieder der Expedition, die auf dem Luftschiff geblieben waren, sollen Lebensmittel für mindestens drei Monate und ihre ganze Ausrüstung mit sich haben.

Amundsen erklärte, er habe seinen Plan, eine Expedition zur Bergung der „Italia“-Mannschaft zu organisieren, aufgeben müssen, da seine amerikanischen Freunde nur dann bereit seien, sich an der Organisation zu beteiligen, wenn sie von einer Regierung darum ersucht würden.

Stahlhelm und Volkspartei. Die Kundgebung der Bundesleitung des Stahlhelms, die sich gegen eine politische Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, also gegen die Bildung einer Großen Koalition wendet, bildete am Mittwochabend den Gegenstand einer Besprechung zwischen den Reichstagsmitgliedern der Deutschen Volkspartei, die dem Stahlhelm angehören. Diese Mitglieder wollen, wie das B.D.Z.-Büro hört, mit der Bundesleitung des Stahlhelms wegen dieser Angelegenheit in Verbindung treten. Die beabsichtigten Verhandlungen verfolgen das Ziel, die Bundesleitung davon zu überzeugen, daß ein parlamentarisch-faktisches Zusammengehen mit der Sozialdemokratie nicht als eine Verleugnung nationaler Grundsätze gedeutet werden dürfe.

Deutschland kann 2500 Millionen Reichsmark Reparationen jährlich zahlen!

Angeichts des in Kansas City tagenden Republikanischen Parteikonvents hat der diesmalige Bericht Parker Gilberts in den Vereinigten Staaten nicht die Beachtung gefunden, wie etwa der Oktoberbericht des Reparationsagenten. Umso bemerkenswerter ist jedoch der heutige Leitartikel der „New York Times“, die zunächst feststellt, daß der Gilbertbericht, der die Aufmerksamkeit der Welt auf die Notwendigkeit der Festsetzung der deutschen Schulden lenkte, den Erfolg des Dawesplanes verberliche. Jahr um Jahr seien die festgesetzten Annuitäten größer geworden, aber der Reichshaushalt habe sich den steigenden Anforderungen stets gewachsen gezeigt. Gilbert vertraue, daß Deutschland in den nächsten Jahren 2500 Millionen Reichsmark jährlich zahlen könne. Wenn er jetzt glaubt, die Zeit sei gekommen, zu überlegen, was an die Stelle des Dawesplanes gesetzt werden könne, so geschehe das nicht, weil der Dawesplan miflungen sei, sondern gerade weil er sich als richtig erwiesen habe. Mit dem Dawesplan sei die deutsche wirtschaftliche und finanzielle Stabilisierung gekommen und der Wiederaufbau sei auf dem besten Wege. Der Zweck, für den der Dawesplan gemacht worden sei, sei erfüllt worden.

„Es ist bekannt“, so schließt das Blatt, „daß Deutschland jährlich 2500 Millionen Reichsmark zahlen kann. Hiermit ist die Frage der deutschen Mindestzahlungsfähigkeit geregelt.“

Hoovers Auffstellung so gut wie sicher

Die Präsidentschaftskandidatur des Handelsministers Hoover scheint nach dem bisherigen Verlauf der Dinge auf dem Republikanischen Konvent in Kansas City nunmehr gesichert. Hoover wird voraussichtlich mehr als 700 Stimmen erhalten, obwohl er für seine Auffstellung nur 545 Stimmen benötigt. Allerdings besteht immer noch die Möglichkeit, daß die Farmergruppe, deren Sympathien dem im Westen der Vereinigten Staaten angesehenen Kandidaten gehören, abzuweichen, aber man glaubt, daß es den republikanischen Führern gelingen wird, sie zu beschwichtigen.

Aus Kansas City wird gemeldet: Vor der Eröffnung der Sitzung des Republikanischen Parteikonvents kam es vor der Konventshalle anlässlich einer Kundgebung von etwa 2000 Farmern, die gegen eine Nominierung Hoovers zum Präsidentschaftskandidaten protestierten und eine staatliche Hilfsaktion für die notleidende Landwirtschaft des mittleren Westens verlangten, zu stürmischen Szenen. Die Farmer versuchten, in die Konventshalle einzudringen, wurden jedoch von einem großen Polizeiaufgebot mit geschwungenen Knütteln hinausgedrängt, ehe sie den Sitzungssaal erreichten. Die Farmer umlagerten dann lärmend die Konventshalle und riefen: „Wir wollen Hoover nicht!“, „Wieder einmal wirft man die Farmer hinaus!“, „Reber, außer Hoover!“

Der bairische Staat zur Herausgabe von 66 Wenzelsilbern verurteilt. Der Streit um die Wenzelsilber hat, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ hören, in der ersten Instanz mit der Verurteilung des bairischen Staates geendet. Es handelt sich um 66 Werte Adolf Wenzels, die die Rechte des Künstlers, Frl. Krigar Wenzel, im Jahre 1908 dem bairischen Staate zum Geschenk gemacht hatte. Im Jahre 1925 verlangte der Vormund des einmündigen Frl. Krigar Wenzel von der bairischen Regierung wegen Ungültigkeit der Schenkung die Herausgabe der Kunstwerke, wobei er mitteilte, daß Frl. Krigar Wenzel vermögenslos geworden sei. Nunmehr ist das schriftliche Urteil ergangen, das den Staat zur Herausgabe der 66 Werte Wenzels verpflichtet.

Justizstrafen im zweiten Colmarer Autonomistenprozess. Das Urteil im zweiten Autonomistenprozess lautete gegen Ley auf 20 Jahre Zuchthaus, gegen Dr. Ernst, Direktor Pflanz und Dr. Roos auf je 15 Jahre Zuchthaus, gegen Professor Schmidlin, Max Hirtel und Kaufmann Jodot auf je zehn Jahre Zuchthaus. Den Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte abgenommen, außerdem wurden sie auf die Dauer von 20 Jahren aus Elsaß-Lothringen verbannt. Das Urteil zeigt deutlich, daß die französischen Behörden die elsässischen Forderungen auch jetzt noch als das Werk „ausländischer Agenten“ angesehen wissen möchten.

Besichtigung der Presse durch amerikanische Buchdruckerbesitzer. Im Senatsaal des Rathauses fand ein Empfang von 22 amerikanischen Buchdruckerbesitzern statt, die zum Besuch der Stadt Köln und insbesondere der Presse hier eingetroffen sind.

Der Norma-Prozess beendet. Ausgleichsverhandlungen zwischen den beiden Parteien Niede und Norma in dem Stuttgarter Prozess führten Mittwochabend zu einer Einigung. Darauf wurde in der heutigen Gerichtsverhandlung von den Vertretern der Nebenklage der Strafantrag zurückgenommen. Anschließend stellten die Nebenkläger wie auch der Verteidiger den Antrag, das Verfahren gegen die übrigen Angeklagten niederzulassen.

Absturz eines dänischen Flugzeuges. Über Kopenhagen stürzte ein Marineflugzeug ab und wurde vollständig zerstört. Die Maschine war leer, und es stellte sich heraus, daß die drei Flieger, die sich an Bord befunden hatten, nämlich ein Unteroffizier und zwei Kadetten, aus der Maschine mit Fallschirmen abgesprungen waren. Die Fallschirme hatten sich aber nicht entfaltet. Alle drei wurden getötet. Einer von ihnen fiel auf ein Dach, das er durchstieß, worauf er in den Bodenraum stürzte.

Die Mozartfestspiele in Paris. Die Mozartfestspiele sind nunmehr bei den Aufführungen angelangt, die in französischer Sprache erfolgen. Gestern Abend wurde die „Entführung aus dem Serail“ unter Leitung von Bruno Walter gegeben und kommende Woche werden die Festspiele mit der Aufführung von „Figaros Hochzeit“ zu Ende gehen. Die Vorstellung brachte dem deutschen Kapellmeister wiederum einen großen Erfolg, an dem auch das Mitglied der städtischen Oper in Berlin, der Bassist Ludwig Hofmann, der den Osmin in französischer Sprache sang, Anteil hatte.

Erleichterte Einreise von Amerikanern nach Deutschland. Wie der Badische Verkehrsverband von der Reichszentrale für deutsche Verkehrsverbände Berlin erfährt, können seit 1. Mai amerikanische Staatsangehörige, die sich in Europa aufhalten bzw. zu einem Besuch nach Deutschland entschliefen, ohne Visum und gebührenfrei über die Westgrenze nach Deutschland einreisen. Diese Erleichterung erhält für die Belegung des Verkehrs nach Westdeutschland und insbesondere Baden bei der großen Zahl alljährlich in Paris und London sich aufhaltenden Amerikaner ganz besondere Bedeutung. Einen ähnlichen Regelung während der Sommermonate 1927 wachte sich überaus günstig aus.

Fernsprechverkehr mit Amerika. Seit 6. Juni sind alle Orte Deutschlands zum Fernsprechverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada zugelassen. Für ein Dreiminutengespräch werden je nach der geographischen Lage des amerikanischen Ortes 207 bis 287 M. erhoben. Nähere Auskunft erteilen die Post- und Telegraphenämter.

Badischer Tell

Badischer Landtag

D. J. Karlsruhe, 14. Juni.

Eingegangen ist ein Gesuch des Verbandes der badischen Ziegeleibitzer betreffend: Die Verwendung ausländischer Ziegeleierzeugnisse.

Die Einzelberatung über das Budget des Innenministeriums wird bei Titel XIII

— Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht —

fortgesetzt.

Abg. Feinmann (Ztr.) begrüßt die Schulungskurse für die notleidenden Tabatarbeiter im Bezirk Bruchsal, wodurch es gelungen sei, daß sich zahlreiche Arbeiter in selbständige kleine Landwirte umstellen oder durch intensivere Bewirtschaftung ihres eigenen kleinen Betriebes ihre Lebenslage verbessern konnten. Man sollte die Schulungskurse auf weitere Bezirke ausdehnen, um dadurch der Verproletarisierung zu steuern.

Abg. Feinmann (Komm.) spricht von kapitalistischer Nationalisierung auf Kosten der Arbeiterschaft. Darauf ließe die Zahl der Unfälle schließen. Verstöße gegen die Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsschutz müßten viel schärfer geahndet werden. Der Redner beklagt die nachteiligen Wirkungen, wie sie die Ausbünstungen der Bad. Amilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen zumeilen für die Mannheimer Bevölkerung im Gefolge hätten. Hier sollte im Benehmen mit dem bayerischen Gewerbeaufsichtsamt Hilfe geschaffen werden. Nichts werde gegen die Beschäftigung Jugendlicher und die Nacharbeit der Frauen unternommen. Die Stellung des Betriebsrates bedürfte eines besseren Schutzes.

Abg. Reinhold (Soz.) führt aus: Die Abstände aus der Nationalisierung liegen sich nur zurückdammen durch eine straffe Organisation der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften. Man müsse den Arbeitern sagen, daß sie nur auf diese Weise ihre Rechte durchsetzen könnten. Das Gewerbeaufsichtsamt sei nicht in der Lage, alles zu machen. Der Ausbau dieser Behörde sei notwendig im Interesse einer gründlichen Kontrolle der Betriebe. Der beste Kontrolleur werde aber der aus der praktischen Tätigkeit als Arbeiter hervorgegangene Aufsichtsbeamte sein.

Abg. Duffner (Ztr.) wendet sich dagegen, daß etwa der Eindruck entstehen könnte, als ob die Unternehmer der Durchführung der Arbeitsschutzbestimmungen passiven Widerstand entgegenstellten. Er vermißt den Appell an die Arbeiterschaft, die vorhandenen Schutzmittel auch zu gebrauchen.

Abg. Heurich (Ztr.) erinnert an die vom Gewerbeaufsichtsamt veranstalteten Unfallverhütungskurse, mit denen man speziell im Baugewerbe gute Erfahrungen gemacht habe.

Abg. Weismann (Soz.) weist darauf hin, daß es die Gewerkschaften an der nötigen Aufklärung nie haben fehlen lassen. Wir verdanken dem badischen Gewerbeaufsichtsamt einen ausführlichen inhaltsreichen Bericht, aus dem man viel lernen kann. Er sollte weit größere Beachtung finden. Leider hätten ihn nur 6 badische Zeitungen von der Presseabteilung angefordert; das sei im Interesse der volkswirtschaftlichen Aufklärung bedauerlich. Der Redner begrüßt es, daß künftig eine größere Kontrolle möglich sein wird. Erwünscht wäre, wenn auch die angelegten Betriebe mehr als bisher kontrolliert würden. Die erkannten Strafen für Vergehen gegen die Arbeitsschutzbestimmungen seien zu gering.

Abg. Marzloff (Soz.) tritt für baldige Einstellung der neuen Kräfte des Gewerbeaufsichtsamtes ein und wünscht, daß auch die Schutzpolizei in das Arbeitsrecht eingeführt wird. Den Betriebsräten würde das Leben oft recht sauer gemacht. Bei Änderung des Betriebsratsgesetzes sollte ein Entlassungsschutz für nichtwiedergewählte Betriebsräte geschaffen werden. Wichtig sei die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts. Man vermöge sich heute kaum mehr durch den Haufen von Vorschriften durchzufinden. Schließlich sei die Frage einer Vereinfachung der Gewerbeaufsichtsämter aufzuwerfen. Bei der Eisenbahn finde ein unerträglicher Anbau der Arbeitskraft statt. Dadurch werde die Sicherheit des Verkehrs gefährdet. Hier müsse die Gesetzgebung einschreiten.

Präsident Dr. Baumgartner macht darauf aufmerksam, daß heute unter allen Umständen der Etat des Innenamtes erledigt werden müsse, eventuell unter Einschaltung einer Nachsitzung. Die Redner mögen sich Beschränkung auferlegen.

Abg. Arnold (Soz.) gibt Anregungen zur Unfallverhütung und tritt dafür ein, daß praktische Arbeiter in der Gewerbeaufsicht mitwirken.

Abg. Dr. Reibach (Ztr.) berichtet über eine Eingabe des Textilarbeiterverbandes auf Verbot des Schiffchentüffens, weil es gesundheitsschädlich sei. Das Gesuch mache sich zweifellos einer Übertreibung schuldig, wenn es davon spricht, daß Hunderttausende von Arbeitern, Frauen und Kinder gefährdet seien. In Baden bestände kein eigentlicher Zwang zum Schiffchentüffen. Der Ausschuss beantragt empfehlende Überweisung mit dem Ersuchen, das bad. Gewerbeaufsichtsamt zu beauftragen, die Einführung geeigneter Vorrichtungen in den Webereien tunlichst zu fördern und die Weber in Verbindung mit den Gewerkschaften weiterhin über die Gefahren des Schiffchentüffens aufzuklären.

Einen kommunikativen Antrag in gleicher Sache empfiehlt der Ausschuss zur Annahme. Dieser Antrag wird vom Abg. Bod begründet, wobei er zum Beweise der Gefährlichkeit ein Schiffchen demonstriert. Die Reichsregierung soll alsbald ein Gesetz erlassen, wonach die Verwendung von Schiffchens, bei denen beim Weben der Fäden mit dem Munde eingesaugt werden muß, verboten wird.

Ministerialdirektor Föhrenbach gibt seine Freude kund über den in Osterreich angestellten erfolgreichen Versuch der Umstellung von Tabatarbeitern auf eine andere wirtschaftliche Basis. Den Klagen des Abg. Feinmann über gesundheitliche Schädigung der Mannheimer Bevölkerung durch die Badische Amilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen werden wir nachgehen und etwaige Mängel wie früher auf gutem Wege abzustellen suchen. Bei der Nacharbeit von Frauen kann es sich nur um Ausnahmebewilligungen handeln. Im allgemeinen wird das Verbot strikte gehandhabt. In letzter Zeit sind Verstöße gegen die Arbeitsschutzbestimmungen streng geahndet worden. Strafen von 2-300 M. im Wiederholungsfalle sind auch von Unternehmern in heutiger Zeit nicht gerade leicht zu tragen. In der Bekämpfung der Unfallgefahren sind wir alle einig. Sie kann nur durch gegenfeitiges Einvernehmen der staatlichen Aufsichtsbehörde, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wirksam gefördert werden. Der Regierungsvortrater erkennt an, daß sich die Gewerkschaften zielbewußt in diesen Dienst gestellt haben. Die Stellenbesetzung soll erfolgen, sobald der Landtag den Etat genehmigt hat. Es ist beabsichtigt, die Polizeiorgane in die arbeitsrechtlichen Vorschriften einzuführen. Wir haben bereits in Karlsruhe einige sogenannte Gewerbeaufsichtleute und sind mit den Erfahrungen zufrieden. Das Nachbaderbot wird streng durchgeführt. Der Redner hofft, daß wir baldig ein einheitliches Arbeitsrecht bekommen. Der Vertheidigung der Gewerbeaufsichtsämter stehen wir voreerst feilsch gegenüber. Unser badisches Gewerbeaufsichtsamt hat sich bewährt.

Abg. Dr. Glodner (Dem.) berichtet über eine Eingabe des Oberamtmanns Dr. Sauter in Freiburg betreffend

Verreichlichung der Oberverversicherungsämter,

und stellt den Antrag, dieses Gesuch als durch die Beschlussfassung zum Staatsvoranschlag erledigt zu erklären. Für die Rechtsauskunftstellen und Arbeitersekretariate ist ein Staatszuschuß von 10 000 M. vorgesehen.

Abg. Bod (Komm.) beantragt die Erhöhung auf 100 000 M. Abg. Geurich (Ztr.) verteidigt das Schlichtungswesen gegenüber kommunistischen Angriffen, da es ein Mittel sei, das dem Gedanken der Volksgemeinschaft diene.

Abg. Klüber (Wirtschaftsp.) beantragt Streichung der 10 000 M.

Abg. Reinhold (Soz.) stellt fest, daß die Rechtsauskunftstellen auch aus häuerlichen Kreisen aufgesucht würden. Den Kommunisten hält er entgegen, daß sie die Gewerkschaften zerlegen wollten.

Darauf werden die Anträge betreffend das Verbot des Schiffentüffens angenommen, jene auf Erhöhung bzw. Streichung der 10 000 M. für die Rechtsauskunftstellen und Arbeitersekretariate abgelehnt. Der gesamte Titel XIII wird gemäß den Ausschlußbeschlüssen genehmigt. Es folgt Titel XIV

— Gewerbe und Handel. —

Abg. Wilsler (D. Rpt.) fordert eine bessere Kontrolle des Hausierwesens. Er bekennt sich als Anhänger der völligen Sonntagsruhe, hält aber doch in bestimmten Fällen bescheidene Ausnahmen für angebracht. Ein Schmerzpunkt für den Handel bilde auch der Verkauf in den Sodawasserhäuschen. Was die Arbeitszeit anbelangt, so denke niemand daran, sie zu überschreiten. Für die Saisongeschäfte seien in gewissen Einzelfällen Erleichterungen geboten. Überschreitungen sollten deshalb nicht zu scharf geahndet werden. Der Redner bittet, den Handel in seinem Kampfe um eine Regelung des Verkaufs der Waren in den Bahnhöfen im Sinne der ortsanfängigen Gewerbetreibenden zu unterstützen. Zum Schluß des Vortrags sagt der Redner, es wäre falsch, wenn grundsätzlich der Billigste bevorzugt würde.

Abg. Lang (Dntl.) unterstreicht die Bedeutung des Handwerks im Wirtschaftsleben. Es sei Aufgabe des Staates, diesem Stande Entgegenkommen zu zeigen. Das Submissionswesen habe sich im Handwerk verberbtlich ausgewirkt. Die badische Verdingungsordnung sei mangelhaft. Die Arbeit müsse aus strengster Disziplin hervorgehen, ob sie in allen Teilen dem abgeschlossenen Vertrage entspreche. Der Redner stellt den Antrag, die Position für gewerbliches Genossenschaftswesen von 2500 M. auf 5000 M. (wie früher) zu erhöhen. Zum Schluß macht Abg. Lang einige Bemerkungen über die Finanzsprudenz der Krankenkassen. Die Simulanten müßten endlich scharf angefaßt werden.

Abg. Burthard (Dem.) verzeichnet mit Genugtuung, daß sich das gute, solide Handwerk, trotzdem man es bereits totgesagt hatte, erhalten und an Bedeutung gewonnen hat. Seine Erhaltung sei eine unbedingte Notwendigkeit. Der Staat möge daraus die Konsequenzen ziehen. Einen Gemisch aus Kapitalmangel. Den Klagen über das Submissionswesen stimmt Redner zu. Der Redner betont, wie wichtig eine gute Allgemeinbildung für das Handwerk sei. Davon hänge seine Zukunft ab. Was das Landesgewerbeamt in der Richtung von Schulungsstellen tue, verbühne Anerkennung. Die Räume des Landesgewerbeamts seien angefaßt der ihm zugewiesenen Aufgaben absolut zu klein. Erwünscht wären neben den Gewerbeschulen eigentliche Berufsschulen. Ein Meister, der es mit seinen Pflichten ernst nimmt, wird keine Lehrlingsjüdterei treiben. Dem Antrag auf Erhöhung der Anforderung für das gewerbliche Genossenschaftswesen stimmt der Redner zu. Das Handwerk wolle sich selbst helfen. Man gebe ihm die Mittel, um den Bauplatz zu beleben, dessen Aussichten heute recht trübe sind.

Abg. Feinmann (Ztr.) bespricht die Schwierigkeiten des Handwerks auf dem Lande. Mit den gewerblichen Fortbildungsschulen habe man recht gute Erfahrungen gemacht. Ein Uebelstand liege darin, daß die Handwerker kreditieren müßten. Das Hausierwesen sei zu einer Plage geworden.

Abg. Markhoff (Soz.) stellt für die Vergütung von Arbeiten folgende Bedingungen: Zahlung des Tariflohnes, Qualitätsarbeit, keine Monopolstellung der Innungen. Die Berufsberatung möchte er nicht vermissen. Die hohen Beiträge zu den Krankenkassen, über die Abg. Lang Klage geführt hat, seien begründet durch die Höhe der sachlichen Ausgaben.

Abg. Lechleiter (Komm.) findet, daß nach dem Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes gerade im Handel manches im argen zu liegen scheint.

Abg. Eberhard (Ztr.) wendet sich gegen die Angriffe auf die Krankenkassen, wie sie von gewisser Seite systematisch erhoben wurden. Man möge mit der Höhe der Beiträge die Ausgabeleistung der Krankenkassen um 150—200 Prozent vergleichen. Auch die Arbeitgeber könnten keinen Weg angeben, wie die Beiträge heruntergefaßt werden können. Die Verwaltungen seien streng darauf bedacht, daß die Kassen nicht durch Simulanten ausgenützt werden. Zu wünschen wäre ein innigeres Zusammenwirken der Ärzte mit den Kassenvorständen.

Abg. Hofheinz (Dem.) ist gegen die Warenselfsterförmung der Beamtenchaft. Er kommt dann auf die schwierige Lage des Einzelhandels und die Preisbildung zu sprechen.

Damit ist die Aussprache beendet. Eine Reihe von Positionen wird genehmigt, die Abstimmung über den gesamten Titel XIV ausgefaßt. Zu Titel XV

Eichwesen

bringen die Abgeordneten Kramer (Ztr.), Keller (Dntl.) und Lang (Dntl.) einige Wünsche vor.

Der Titel wird bewilligt und ein Antrag Kramer angenommen, wonach landwirtschaftliche Geräte nicht alle zwei, sondern alle fünf Jahre nachgeprüft werden sollen. Bei Titel XVI

Landesstatistik

zollt Abg. Frau Siebert (Ztr.) dem Statistischen Landesamt lebhafteste Worte der Anerkennung für die von ihm herausgegebenen Veröffentlichungen.

Abg. Hofheinz (Dem.) ist dafür, daß die statistischen Arbeiten energisch fortgesetzt werden und empfiehlt eine Zusammenfassung gewisser Statistiken in den Grenzgebieten.

Abg. Bod (Komm.) trägt Wünsche in bezug auf die statistische Erfassung der Erwerbslosen und der Wohnfläche im Verhältnis zur Zimmerzahl vor. Er übt dann Kritik an dem Buche „Die Landwirtschaft in Baden“ und bekennt dessen Schlußfolgerung, daß Baden das typische Land der Klein- und Mittelbetriebe sei. Es handle sich nur um Kleinbetriebe. Der Titel wird darauf genehmigt. Weiterberatung nachm. 4 Uhr. Schluß gegen 1 Uhr.

Der Haushaltsauschuß

beschäftigte sich in längerer Aussprache mit dem Zentrumsantrag betr. Hilfsmaßnahmen und steuerliche Nachlässe zugunsten der Weinbauer, die unter den Frostschäden im Frühjahr besonders stark gelitten haben. Der Zentrumsantrag fand einstimmige Annahme. Im Verlaufe der Debatte verlangte ein Zentrumsredner Auskunft darüber, ob die staatlichen Maßnahmen zugunsten

der mittelbadiischen Sodawassergeschädigten des letzten Jahres beschloffen seien. Wie von Regierungsseite mitgeteilt wurde, hat das Reich einen Zuschuß abgelehnt, doch hat die badische Regierung 250 000 M. zur Leistung von Beihilfen flüssig gemacht. Auch sollen in einzelnen Fällen steuerliche Vergünstigungen erwirkt werden.

Der Ausschuß beschäftigte sich sodann mit dem Gesetzentwurf betr. die Umschulungshilfe für die Landwirtschaft. Es handelt sich um einen Reichsdarlehensvertrag von 200 Millionen Reichsmark, der im Rahmen des Reichsnotprogramms der deutschen Landwirtschaft gegeben werden soll und von dem etwa drei Millionen Reichsmark an Baden fallen. Trotz der geringfügigen Summe trat der Berichterstatter für den Gesetzentwurf ein, der sodann auch einstimmig angenommen wurde.

Bei der Beratung der Änderung des Grund- und Gewerbe-Neuergesetzes kam der Bericht des „Rannheimer Generalanzeigers“ über eine Steuerreede des Abg. Dr. Mattes zur Sprache, wonach nur 3 Mitglieder des Haushaltsauschusses Steuern ans Land bezahlen. Abg. Mattes betonte, daß er dem Bericht fernstehe; er habe gesagt, daß nur 3 Abgeordnete auf Grund ihres Berufes Landessteuern bezahlen. Wie betont wurde, zählt tatsächlich über die Hälfte der Ausschußmitglieder Landessteuern. Dazu komme, daß die Haupteinnahmen des badischen Staates aus Reichseinkommensteuerüberweisungen kommen. Gegen die Ausführungen des Abg. Mattes wurde entschieden Verwahrung eingelegt. Entscheidend sei nicht, welche Steuern der einzelne Abgeordnete bezahle, wichtiger sei, daß er bei den Beratungen und Beschlussfassungen über Steuererlasse ohne Rücksicht auf seine eigene Interessen nach bestem Wissen und Gewissen mitwirke.

In der Aussprache interessierte die Feststellung, daß infolge der erhöhten Freizone 70 Prozent der Gewerbetreibenden in Baden gewerbesteuerfrei sind. — Nach Ansicht der Regierung müssen die Handelsvertreter als selbständige Gewerbetreibende behandelt werden. Der Ausschuß nahm schließlich den Antrag der Koalitionsparteien auf Änderung des Grund- und Gewerbe-Neuergesetzes an.

Wirkl. Geh. Rat Ferdinand Lewald †

Wenige Wochen vor Vollendung des 82. Lebensjahres ist hier Wirkl. Geheimer Rat Ferdinand Lewald gestorben. Der Heimgegangene spielte vor dem Kriege im politischen Leben Badens eine bedeutende Rolle und war als hervorragender Verwaltungsgeschmann weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt.

Geboren im Jahre 1846 in Heidelberg, oblag er in Heidelberg, Freiburg und München den juristischen Studien, um dann in den Staatsdienst zu treten. Er fungierte 1872 als Amtmann in Konstanz, 1873 in Pforzheim, 1875 als Amtsvorstand in St. Blasien, 1877 in Säckingen, wurde 1879 Finanzrat bei der badischen Steuerdirektion, 1884 Ministerialrat beim Finanzministerium, dabei noch mehrere Ehrenämter bekleidend. 1890 erfolgte seine Ernennung zum Domänendirektor, 1900 wurde Lewald an die Spitze des Verwaltungsgerichtshofes berufen. Im Jahre 1913 trat er in den Ruhestand; sein Nachfolger wurde Dr. Glodner. 1906 ehrte ihn die juristische Fakultät der Universität Freiburg durch die Verleihung des Ehren doktors. Die Technische Hochschule, wo er bis vor kurzem als Beirat in Rechtsachen wirkte, verlieh ihm die Würde eines Dr.-Ing. h. c. und Ehrenbürgers. Lewald gehörte als Präsident des Verwaltungsgerichtshofes zu den vom Großherzog ernannten Mitgliedern der früheren Ersten Kammer des Landtages. Wir werden später noch auf die Bedeutung des Verstorbenen zu sprechen kommen.

Statistik der Fürsorgeerziehung 1927

Ende 1927 waren 4164 Fürsorgezöglinge vorhanden, 2379 Knaben 1785 Mädchen. Es handelt sich dabei um 3667 eheliche und 507 uneheliche Kinder. Nach der Konfession gliedern sie sich in 2429 Katholiken, 1666 Evangelische, 6 Israeliten und 63 Andersgläubige bezw. Religionslose. Der Zu- und Abgang der Zöglinge im Berichtsjahr hat sich ungefähr die Wage gehalten. Das Alter der Fürsorgezöglinge liegt bei 168 Knaben und 185 Mädchen unter 6 Jahren, es schwankt bei 369 Knaben und 269 Mädchen zwischen 6 und 10 Jahren, bei 529 Knaben und 384 Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren, während 592 Knaben und 488 Mädchen über 16 Jahre alt sind. Das Gros der Zöglinge weist teilweise oder volle Volksschulbildung auf, 34 Knaben und 13 Mädchen haben höhere Schulen besucht.

Was die strafbaren Handlungen anbelangt, die zur Fürsorgeerziehung führten, waren überwiegend mit 743 Fällen (56% Knaben und 181 Mädchen) die Diebstahlsdelikte. 61 Knaben und 166 Mädchen waren wegen Unzucht strafällig geworden. Dann folgen in weitem Abstand Bettel und Landstreicherei (92), Betrug (75) und Brandstiftung (16). Schwer wiegt das Kapitel der schlechten Neigungen, darunter der Schulschwänzerei. Deswegen mußten 1184 Knaben und 784 Mädchen in Fürsorgeerziehung. Für 1090 Knaben u. 942 Mädchen wurde die Familienenerziehung angeordnet. Am Schluß des Berichtsjahres waren insgesamt 1640 Zöglinge in 35 Anstalten, 2402 Zöglinge in Familien untergebracht. Der Zahl der Entwichenen und noch nicht Zurückgelieferten beziffert sich auf 47 Knaben und 5 Mädchen. Im Gefängnis sitzen 22 Knaben.

Der Gesundheitszustand der Fürsorgezöglinge ist ein guter, die Zahl der Kranken, Psychopathen, Schwachsinigen verhältnismäßig gering. Von den weiblichen Zöglingen waren 21 schwanger.

Bei den ehelichen Kindern war in 734 Fällen der Vater, in 675 Fällen die Mutter gestorben. 104 Kinder sind Waisen. 575 Zöglinge hatten einen Stiefvater, 411 eine Stiefmutter, in 190 Fällen lebten die Eltern getrennt. In 267 Fällen waren sie geschieden.

Die Fürsorgezöglinge kommen aus allen Berufskreisen. Das Gros 1872 stellen die Unselbständigen in Industrie, Handel und Verkehr. Bei einem Teil der Mütter und Väter sind Trunksucht, Unzucht und Arbeitslosigkeit zuzusehen, auch Gefängnis und Zuchthausstrafen sind keine Seltenheit. Gering sind die Fälle von Arbeitshaus.

Wegen Erreichung der Altersgrenze wurden auf Jahres schluß 288 Knaben und 157 Mädchen entlassen. Infolge Bewährung 146 Knaben und 81 Mädchen. Leider erwies sich in 6 Fällen (Knaben) die Fürsorgeerziehung als aussichtslos. Die Dauer dieser Maßnahmen schwankte meistens zwischen 6 Monaten und 6 Jahren. Doch geht sie bei 192 Knaben und 55 Mädchen über 6 Jahre hinaus.

Von den ausgeschiedenen Zöglingen kamen zur Entlassung: Als gebessert 270 Knaben und 176 Mädchen, mit zweifelhaftem Erfolg 75 Knaben und 59 Mädchen, als ungebessert 52 Knaben und 11 Mädchen. 302 Zöglinge kehrten zu Eltern oder Angehörigen zurück, 177 gingen in Dienststellen, 89 Knaben fanden Unterkunft als Handwerker, 20 als Fabrikarbeiter, 60 an einem sonstigen Platz. Von den mit Aussicht auf Erfolg entlassenen haben etwa wieder 6 Prozent wieder strafbare Handlungen begangen.

Erster Wohnungstag in Baden

Im Anschluß an die 16. ordentliche Verbandstagung des Badischen Verbandes Gemeinnütziger Bauvereinigungen e. V. veranstalteten am Sonntag der Badische Landeswohnungs-fürsorgeverein e. V. und der Badische Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen im Landtag den ersten Wohnungstag in Baden, zu dem zahlreiche Delegierte von Bauvereinigungen aus Baden, Hessen und Bayern erschienen sind. Dompräses Dr. Reubach, M. d. L., erster Vorsitzender des Badischen Landeswohnungs-fürsorgevereins, eröffnete die Sitzung unter besonderer Begrüßung des Vertreters des badischen Staatspräsidenten im Innenministerium, Ministerialrat Dr. Imhoff, sowie der Vertreter der Hessischen Regierung. Der Redner hob hervor, daß die badische Regierung der Frage der Wohnungs-fürsorge seit Jahren stets ihre besondere Aufmerksamkeit zugewendet habe, was schon daraus erhelle, daß in Baden innerhalb acht Jahren seit Kriegsende über 60 000 Wohnungen erstellt und davon über 40 000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln errichtet worden seien. Ministerialrat Imhoff wünschte sodann der Tagung einen guten Verlauf.

Regierungsrat Wilmers, Berlin, vom Reichsarbeitsministerium, hielt hierauf einen Vortrag über die Finanzierung des Wohnungsbaus. Er führte u. a. aus, der Kern der sozialen Frage sei die Wohnungsfrage und der Kern der Wohnungsfrage in der Nachkriegszeit sei die Selbstbeschaffung. Vor dieser Aufgabe verschwinden alle anderen Fragen des Wohnungsbaus und der Wohnungswirtschaft in ihrer Bedeutung. Zwei Milliarden sind jährlich nötig, um den Wohnungs-neubedarf in Deutschland von 200 000 Wohnungen zu bauen. Dazu kommen die Mittel, die zur Abdeckung des vorhandenen Fehlbedarfs und zum Ersatz des Abgangs an Wohnungen dienen müssen. Die Anlage im Neuwohnungsbaue im Verhältnis zur Kapitalbildung erscheint sehr beträchtlich. Sie ist für das Jahr 1925 auf circa 2000 Millionen, für 1926 auf 2400 Millionen, für 1927 auf über 3000 Millionen Reichsmark geschätzt. Der Vertriebsverbrauch an Wohnungen je Kopf der Bevölkerung ist damit aber noch nicht erreicht worden. Die Hauszinssteuer (in Baden und Hessen: Gebäude-sondersteuer) ist das Rückgrat der Wohnungsbaufinanzierung und damit des Wohnungsbaus überhaupt. Die Befriedigung des Bedarfs an Wohnungen in Deutschland ist abhängig von der Entwicklung der Kapital- und Einkommensbildung der deutschen Volkswirtschaft. Solange der Zinsfuß für langfristige und gutgesicherte erstellende Beleihungen in Deutschland sich um das Doppelte des Friedenszinsfußes herum bewegt, ist der Wohnungsbau ohne Hilfe der öffentlichen Hand nicht möglich. Es darf kein Wohnungsbau in Angriff genommen werden, es dürfen keine Aufträge vergeben werden, bevor nicht die endgültige Finanzierung jedes Bauvorhabens gesichert ist.

Der nächste Referent, Regierungs- und Baurat Kübbert, Berlin, von der Reichsforschungsgesellschaft, behandelte in einem Richtiger Vortrag den Stand der Rationalisierung des Wohnungsbaus, wobei er bemerkte, daß das Baugewerbe in Deutschland erst am Anfang der Rationalisierung stehe, im Gegensatz zur Industrie. Ziele der Baurationalisierung seien die Gemeinschaftsarbeit, die Qualitätsnorm für Baustoffe, die Schaffung von Einheitsformen für Häuser; ferner werde angestrebt, die Beziehungen zwischen Bauherren, Architekten und Behörden auf zweckmäßige einfache Formen zu bringen. Die Serienbauten einzelner Großstädte boten der Reichsforschungsgesellschaft in dieser Hinsicht reichen Forschungsmaterial. Als letzter Referent sprach der Vorsitzende des Verbandes der badischen gemeinnützigen Bauvereinigungen e. V., Baumeister Vos, über praktische Erfolge der badischen Bauvereine. Seine Ausführungen wurden durch Lichtbilder illustriert.

Im Anschluß an die Tagung fand eine Besichtigung der Bauten der Gemeinnützigen Bau- und Eigenheimförmigungsgenossenschaft e. G. m. b. H. in Durlach statt.

Die Bürgermeisterwahlen in Baden

16. Im Amtsbezirk Donaueschingen ist in Döggingen die Bürgermeisterwahl ergebnislos verlaufen. Der bisherige Ortsvorstand Ketterer erhielt 98, seine Gegenkandidaten 70 resp. 142 Stimmen. In Fürtenberg ist der Bürgermeister Gut wieder-gewählt worden, ebenso in Mittelbrunn Bürgermeister Fesener-meyer. Auch in Wehra wurde Bürgermeister Kaiser und in Dödingen Bürgermeister Bäuerer wiedergewählt.

Im Amtsbezirk Schopfheim ist in Korbshäusern mit über-großer Mehrheit der bisherige Bürgermeister R. Brombach wiedergewählt worden. Die Gemeinde Eßenshambach wählte im ersten Wahlgang Bürgermeister C. Weß. Die in Auen-bach stattgefundene Bürgermeisterwahl verlief ergebnislos. Der bisherige Bürgermeister Krieger erhielt wohl eine stattliche Stimmenzahl, aber auch ebenso seine beiden Gegenkandidaten. Ein zweiter Wahlgang ist notwendig. Bei der in Reich erfolg-ten Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Johann Echin mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt. Die Gemeinde Gersbach wählte sich den früheren schon ein-mal als Bürgermeister tätig gewesen Bürgermeister Meier mit bedeutender Stimmenmehrheit zum Gemeindeoberhaupt. Der Gewählte ist 74 Jahre alt.

Im Amtsbezirk Waldshut ist in Weisweil der bisherige Bürgermeister Keller von der Mehrzahl wiedergewählt worden. Die Bürgermeisterwahl in Panner verlief ergebnislos.

Lohnbewegungen in Baden

Wie der Badisch-Pfälzische Landesdienst erfährt, haben die Gewerkschaften dem Verband Süddeutscher Textilfabriken, Landesgruppe Pfalz, den Manteltarif vom 15. Juni 1927 auf den 30. Juni 1928 gekündigt. Gleichzeitig wurde ein neuer Entwurf eingereicht, der u. a. eine Beschränkung der Arbeitszeit auf 48 Wochenstunden, eine Akkordgarantie um 30 Prozent über den Akkordbeträgen und die Erhöhung des Urlaubes auf neun Arbeitstage verlangt.

Straßenbahnausbau in Freiburg. Die Straßenbahn von Freiburg nach Vittenweiler soll nunmehr zweigleisig ausgebaut werden. In der Schwarzwalddstraße wird für einen Teil dieser Straße nunmehr auch der Tiefkanal eingebaut, wofür 80 000 Reichsmark vorgesehen sind. Des weiteren wird auch die Sem-narstraße bis zur Höllentalbahn verlängert, wofür etwa 48 000 M. erforderlich sind.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. Juni		18. Juni	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.68	169.02	168.68	168.90
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.36	112.12	112.34
Italien . . . 100 L.	22.005	22.045	21.995	22.035
London . . . 1 Pf.	20.409	20.449	20.407	20.447
New York . . . 1 D.	4.1815	4.1895	4.1800	4.1880
Reinfort . . . 100 Fr.	16.425	16.465	16.425	16.465
Paris . . . 100 Fr.	80.56	80.72	80.545	80.705
Schweiz . . . 100 Fr.	58.82	58.94	58.805	58.925
Wien 100 Schilling	12.395	12.415	12.39	12.41

Aus der Landeshauptstadt

Freilichtbühne Ettlingen. Am kommenden Sonntag wird auf der Ettlinger Balthardbühne die erste Freilichtaufführung dieses Jahres stattfinden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das neue Tief ist mit großer Schnelligkeit bis zur Nordsee vorgebrungen und hat uns Bewölkungszunahme durch aufsteigende Westwinde gebracht.

Verschiedenes

Schadenfeuer. Auf dem Lagerplatz der Holzfirma Gebr. Himmelbach in Gaulsheim, Kreis Bingen, entzündete heute mittag ein Großfeuer, das sich mit rasender Schnelligkeit über das ausgedehnte Holzlager ausbreitete.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 14. Juni. Das Schwurgericht verurteilte — nachdem der Oberstaatsanwalt 10 Monate Gefängnis beantragt hatte — den früheren Reichstagsabgeordneten und Redakteur Johann Kengler, wegen Vergehens gegen das Verleumdungsgesetz zu zwei Monaten Gefängnis, wegen Verleumdung und über Nachrede gegen die badischen Minister Remmele und Truntz zu je 100 M. Geldbuße.

Dr. Freiburg i. Br., 13. Juni. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte unter Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Dr. Mayer, den Weber Willi Kneber aus München-Gladbach, wegen Vergehens gegen § 6 des Gesetzes vom 3. Juni 1914 (Berrat militärischer Geheimnisse) zu sechs Monaten Gefängnis.

Radolfzell, 14. Juni. Bürgermeister Otto Biesch wurde von allen auf dem Rathaus vertretenen politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten wiedergewählt.

Staatsanzeiger

Wahl der nichtständigen Mitglieder des Badischen Landesversicherungsamts. Für die zu wählenden nichtständigen Mitglieder des Badischen Landesversicherungsamts wurde für die Arbeitgebermitglieder aus dem Bereiche der gewerblichen Unfallversicherung nur eine Vorschlagsliste und aus dem Bereiche der landwirtschaftlichen Unfallversicherung keine Vorschlagsliste eingereicht.

Durch das am 12. Juni erfolgte Ableben Sr. Exzellenz des Wirklichen Geheimen Rats

Herrn Dr. jur., Dr. ing. h. c. Lewald

haben unsere Gesellschaften einen schweren Verlust erlitten.

Im Jahre 1914 an die Spitze des Aufsichtsrats der alten Anstalt berufen hat Exzellenz Lewald in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren seine hervorragende Kraft der Anstalt gewidmet.

Karlsruhe, den 13. Juni 1928.

Der Aufsichtsrat und Vorstand der Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit vormals Allgemeine Versorgungsanstalt

Volksschauspiel Oetigheim bei Rastatt (Baden)

WILHELM TELL

Aufführung: Alle Sonn- und Feiertage vom 3. Juni bis 7. Oktober einschl. Verfassungstag, ausgenommen den Fronleichnamstag, 7. Juni; ferner an jedem ersten Samstag im Juli, August und September.

Stellenbesetzung.

Bei der Zentralverwaltung der Stadt Freiburg im Breisgau (Rechtsabteilung) ist die Stelle eines juristischen Hilfsarbeiters (Stadtrechtsrats) zu besetzen.

Freiburg im Breisgau, den 12. Juni 1928.

Badisches Landestheater

Freitag, 15. Juni 1928 11. Vorstellung der Schülermiete Cyrano von Bergerac von Rodand In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Deutscher Beamtenbund.

Sonntag, 17. Juni 1928, vormittags 10 Uhr. Beamtenversammlung im großen Saal der Festhalle zu Karlsruhe.

Kampf gegen das Berufsbeamtentum

Sonntag, 16. Juni 1928, abends 8 Uhr. Zusammenkunft mit den auswärtigen Vertretern im Friedrichshof

16. Aberlinger Münsterbau-Geldlotterie

Bei der am 30. April 1928 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: A. Gewinne von 100 bis 5000 Mark: 9294 (100) 10730 (500) 24431 (1000)

Bekanntmachung.

Widparkrennen 1928 des Karlsruher Motorfahrervereins e. V.

Für das am Sonntag, den 17. Juni 1928, im ehemaligen Wildpark stattfindende Motorrennen des Karlsruher Motorfahrervereins wird hiermit folgendes angeordnet:

- 1. Die Straße Eggenstein-Hagsfeld wird am Samstag, den 16. Juni 1928, von 2 bis 8 Uhr nachm. und am Sonntag, den 17. Juni 1928, von 7 Uhr vorm. bis nach Schluß des Rennens vom Kreuzungspunkt mit der Grabener Allee bis zu jenem mit der Stutenfer Allee (einschl. der Kreuzungspunkte für jeden Durchgangsverkehr gesperrt.

Die Parallelstraßen der Grabener und Stutenfer Allee entlang der Rennbahn werden für das zuschauende Publikum freigegeben.

Die Verlängerung der Karl-Wilhelm-Straße in Karlsruhe bis nach Hagsfeld (sogen. Friedhofsweg und Gottesauerstraße) bleibt für jeglichen Kraftfahrzeugverkehr gesperrt.

Die Parallellinien der Grabener und Stutenfer Allee werden in der Nähe der Rennstraße angezogen. Das Überfahren der Straßenböschung und Vorde mit Kraftfahrzeugen und Fuhrwerken aller Art an anderen Stellen als den Parkplätzen ist verboten.

Zuschauer dürfen sich nur an den vom Polizeibeamten und von den durch Arm- und Banden kenntlich gemachten Ordnern angewiesenen Plätzen aufhalten.

Den Weisungen der Polizei, Gendarmerie- und Forstschutzbeamten ist unbedingt Folge zu leisten.

Verboten ist das Betreten der Schanzen, das Mitstellen von Fahrrädern und sonstigen Fahrzeugen außerhalb der Parkplätze, das Mitbringen von Gunden, das Befleigen von Bäumen und Schutzhütten.

Zu widerhandlungen werden nach §§ 108 Abs. 2, 131 PStGB und § 29 Forststrafgesetzbuch bestraft.

Druck G. Braun, Karlsruhe